

Datenschutzerklärung der LADG-Ombudsstelle

Informationsblatt zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten gemäß Art. 13 und Art. 14 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) für die Beratung und Unterstützung nach § 14 Abs. 2 ff. LADG

Die Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung nimmt den Schutz Ihrer personenbezogenen Daten sehr ernst. Mit den nachfolgenden Informationen geben wir Ihnen einen Überblick über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Zusammenhang mit von Ihnen eingeleiteten Diskriminierungsverfahrens.

1. Name und Kontaktdaten der Verantwortlichen

Verantwortliche im Sinne der DSGVO ist:

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung,

Ombudsstelle bei der Abteilung Antidiskriminierung und Vielfalt

E-Mail: kontakt@ladg-os.berlin.de

Anschrift: LADG-Ombudsstelle, Dienstsitz: Alt-Moabit 59-61, Eingang Alt-Moabit 60, 10555 Berlin

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Sie erreichen unseren Datenschutzbeauftragten unter:

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

Datenschutzbeauftragter Herr Volke

Oranienstr. 106

10969 Berlin

E-Mail: datenschutz@senasgiva.berlin.de

Stellvertreterin:

Frau Simone Steinmetz
Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und
Antidiskriminierung
Oranienstraße 106
10969 Berlin

E - Mail: Datenschutz@senasgiva.berlin.de

3. Zweck der Datenverarbeitung

Nach Eingang einer Beratungsanfrage wird eine Beschwerdeakte angelegt und geprüft, ob Anhaltspunkte für eine Diskriminierung im Anwendungsbereich des LADG erkennbar sind.

Ihr personenbezogene Daten werden zu folgenden Zwecken verarbeitet:

a) Erst- und Verweisberatung

Im Rahmen einer Erstberatung bieten wir eine vertrauliche Einschätzung des Falles durch die Mitarbeiter*innen unserer Geschäftsstelle. Im ersten Schritt geht es darum, den Unterstützungsbedarf zu identifizieren. Ist der Anwendungsbereich des LADG nicht eröffnet, führen wir eine Verweisberatung an andere Stellen durch.

b) LADG-Rechtsberatung

In LADG-Fällen wird der Fall an eine*n Rechtsberater*in abgegeben, diese berät ausführlich.

c) LADG-Schlichtungsverfahren

Im Schlichtungsverfahren klären wir zuerst den Sachverhalt auf: im Austausch mit den Personen, die sich bei uns beschweren, ebenso wie mit der öffentlichen Stelle, der eine Diskriminierung vorgeworfen wird. Hier können auch Zeug*innen angehört und nach Einwilligung der BFP auch andere Beratungsstellen oder Rechtsanwält*innen einbezogen werden.

Wenn sie einwilligen, dass wir ein Verfahren nach § 14 Abs. 2 ff. LADG zwecks außergerichtlicher gütlicher Streitbeilegung durchführen, wird Ihre Beschwerde oder deren wesentliche Inhalte an die Beteiligten zur Stellungnahme übermittelt.

Zur weiteren Aufklärung des Sachverhalts werden wir mit Ihrem Einverständnis alle und möglichen Ermittlungen durchführen und gegebenenfalls Zeug*innen befragen. Die von Ihnen erhobene Beschwerde oder deren wesentliche Inhalte werden hierzu übermittelt, sofern dies für weitere Sachverhaltsaufklärung erforderlich ist.

Ergibt die Sachverhaltsaufklärung, dass keine Diskriminierung nach dem LADG vorliegt oder nicht glaubhaft gemacht werden konnte, wird das Verfahren beendet. Hierüber werden Sie, sowie die am Beschwerdeverfahren beteiligten öffentlichen Stellen informiert.

Eine automatisierte Entscheidungsfindung, Art. 15 Abs. 1 h) DSGVO, findet nicht statt.

4. Umfang der Verarbeitung personenbezogener Daten

Wir verarbeiten personenbezogene Daten grundsätzlich nur, soweit diese uns zur Verfügung gestellt werden und soweit die Kenntnis der Daten für Diskriminierungsbeschwerdeverfahren zwingend erforderlich ist.

Datenkategorie	Auflistung konkret verarbeiteter Daten
Daten zu persönlichen Verhältnissen	Name, Vorname, Geschlecht/ geschlechtliche Identität, Familienstand, Arbeitsgenehmigung, Schul- und Berufsbildung, Beruf, Qualifikationen, Anschrift, E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Mobiltelefonnummer, Lebensalter, Fluchtgeschichte, Insasse JVA, Daten von Familienangehörigen und minderjährigen Kindern, Sprache
Daten zur ethnischen Herkunft und rassistischen Zuschreibung	Staatsangehörigkeit, Abstammung, Aufenthaltsstatus, Zeitpunkt der Einreise, Migrationshintergrund, phänotypisch rassifizierte Eigenschaften, z.B. Haut- und Haarfarbe

Sozialdaten	Daten zum Leistungsbezug nach dem SGB, Sozialversicherungsnummer, Krankenversicherungsnummer
Gesundheitsdaten	ärztl. Befunde, Pflegegrad, Grad der Behinderung, chronische Erkrankung
Religiöse Überzeugungen	Religionsgemeinschaft, religiöse Symbole, z.B. Kleidung
Sexuelle Orientierung	Sexuelle Identität
weitere	Weltanschauung

5. Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten sind § 13 S. 2 Nr. 3 und § 14 Abs. 2 S. 3 LADG. Die für Antidiskriminierung verantwortliche Senatsverwaltung hat auf der Grundlage Landesantidiskriminierungsgesetzes (§ 14 LADG) ein Verfahren zur Entgegennahme und Bearbeitung von Beratungsanfragen und Diskriminierungsbeschwerden etabliert und für die Bearbeitung eine Ombudsstelle eingerichtet. Die von Ihnen im Rahmen des Diskriminierungsbeschwerdeverfahrens mitgeteilten personenbezogenen Daten werden zur Bearbeitung Ihrer Beschwerde verarbeitet.

6. Kategorien von Empfängern personenbezogener Daten

Im Rahmen der Verarbeitung erfolgt eine Übermittlung personenbezogener Daten an öffentliche und nichtöffentliche Stellen zum Zwecke der Sachverhaltsaufklärung und Schlichtung.

Kategorien von Empfängern	Auflistung konkreter Empfänger im Einzelfall
---------------------------	--

Behörden und sonstige Körperschaften des öffentlichen Rechts nach § 3 LADG	Senats- und Bezirksverwaltung, z.B Schulaufsicht, Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Bürgeramt, Standesamt und andere Ämter Polizei und Feuerwehr städtische Kitas, Schulen, Volkshochschulen und Hochschulen, städtische Museen, Theater, Bibliotheken städtische Wohnungsbaugesellschaften die Berliner Verkehrsbetriebe, Bäderbetriebe und Stadtreinigung Charité Justizvollzugsanstalten
Drittdienstleister der Sprachmittlung und Übersetzung	Sprachmittelnde (Audio- bzw. Video-Dolmetschdienst), Squat
Rechtsberatung und sonstige Beratungsstellen	Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte Fachberatungsstellen, freie Träger, z.T. Antidiskriminierungsberatungsstellen, Antidiskriminierungsstelle des Bundes, Bürger- und Polizeibeauftragte des Landes Berlin, Gleichstellungsbeauftragte, Beauftragte für Menschen mit Behinderung
Einrichtungen des Gesundheitswesens	Ärzte, Krankenhäuser, Psychosoziale Zentren, sozialpsychiatrischer Dienst

7. Dauer der Speicherung

Die personenbezogenen Angaben werden gelöscht, soweit sie zur Erfüllung der Aufgaben der LADG-Ombudsstelle nicht mehr benötigt werden beziehungsweise nach Maßgabe der geltenden Vorschriften für die Erforderlichkeit der Aktenführung.

Das bedeutet konkret: Wird das Diskriminierungsbeschwerdeverfahren beendet, weil offensichtlich keine Anhaltspunkte für das Vorliegen eines Sachverhalts vorliegen, der unter das LADG fällt, werden die von Ihnen mitgeteilten Daten für die Dauer von zwei Jahren aufbewahrt. In allen übrigen Fällen werden die Daten zehn Jahre aufbewahrt. Beginn der Löschfrist ist dabei das jeweilige Jahresende der Beendigung des Beratungs-/Schlichtungsmandats. Wurde ein LADG-Ombudsverfahren beispielsweise im Juli 2025 beendet, so läuft die Aufbewahrungsfrist bis zum 31.12.2035.

Alle Berliner Behörden sind nach § 5 des Gesetzes über die Sicherung und Benutzung von Archivgut des Landes Berlin verpflichtet, sämtliche Unterlagen, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben nicht mehr benötigt werden, dem Landesarchiv Berlin anzubieten. Nach Ablauf der oben genannten Aufbewahrungsfrist wird der Verwaltungsvorgang dem Landesarchiv angeboten. Das Landesarchiv Berlin entscheidet über die Aufnahme von Verwaltungsvorgängen in das Archiv. Entscheidet es nicht innerhalb von zwölf Monaten über die Übernahme angebotener Unterlagen, so sind wir nicht mehr zur weiteren Aufbewahrung verpflichtet und löschen Ihre Daten.

8. Ihre Rechte

Sie haben gegenüber der verantwortlichen Stelle das Recht:

1. auf Auskunft über die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten (dazu gehören auch Auskünfte über Zweck, Empfänger und Dauer der Speicherung) nach Art. 15 DSGVO,
2. auf Berichtigung unrichtiger personenbezogener Daten (Art. 16 DSGVO),
3. auf Löschung gemäß Art. 17 DSGVO,
4. auf Einschränkung der Verarbeitung und Datenübertragbarkeit (Art. 18 und 20 DSGVO) sowie
5. der Verarbeitung Ihrer Daten jederzeit zu widersprechen (Art. 21 DSGVO). Legen Sie Widerspruch ein, werden Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeitet. Eine Ausnahme besteht, soweit zwingende schutzwürdige Gründe bestehen, die gegenüber Ihren Interessen überwiegen.

Eine einmal erteilte Einwilligung zu der Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten für die Beratung (Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a DSGVO) und zur Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten (Art. 9 Abs. 2 Buchstabe a DSGVO) kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung wird dadurch nicht berührt. In diesem Fall können wir Ihnen möglicherweise mit Ihrem Anliegen nicht mehr helfen. Der Widerruf ist zu richten an den behördlichen Datenschutzbeauftragten an die in Ziff. I genannte Kontaktadresse.

Zur Wahrung aller in dieser Ziffer genannten Rechte kann sich jeder Betroffene an den Datenschutzbeauftragten (siehe Ziffer II) wenden.

Zudem können Sie sich - wenn Sie der Auffassung sind, dass bei der Verarbeitung Ihrer Daten datenschutzrechtliche Vorschriften nicht beachtet werden - mit einer Beschwerde an die zuständige Aufsichtsbehörde wenden (Art. 77 DSGVO). Betroffene können ihre Beschwerde an die Behörde ihres Wohnsitzes, grundsätzlich aber auch an jede andere Datenschutzaufsichtsbehörde richten.

Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit

Alt-Moabit 59-61

10555 Berlin

Tel.: [+49 30 13889-0](tel:+4930138890)

Fax: +49 30 2155050

E-Mail: mailbox@datenschutz-berlin.de